Rainder Steenblock
Mitglied des Deutschen Bundestages

Thesenpapier zur EU-Erweiterung

Die Erweiterung der EU ist ein Erfolgsprojekt

Die EU-Erweiterung ist die erfolgreichste Form der Stabilisierung und Demokratisierung von Transformationsstaaten. Die EU-Erweiterung ist aber nicht nur ein Friedens- und Sicherheitsgewinn, sondern vor allem auch ein Wohlfahrtsgewinn für alte wie für neue EU-Mitglieder. Die EU-Erweitung ist eine politische und kulturelle Bereicherung sowie historische Verpflichtung zur Wiedervereinigung des geteilten Europas.

Die Erweiterung der EU muss weitergehen

Weitere EU-Erweiterungen spielen somit als wahre *europäische Integration* eine zentrale Rolle in der globalisierten Welt.

Ohne eine konkrete Beitrittsperspektive für alle Staaten des westlichen Balkans wird diese Region ein sicherheitspolitisches Risiko für ganz Europa bleiben. Eine Einbettung in die EU-Strukturen und der Export von Stabilität, Demokratie- und Wohlstandsperspektiven sind deshalb unverzichtbar.

Die EU-Nachbarschaftspolitik muss differenziert werden

Die EU-Nachbarschaftspolitik muss regional differenziert werden, denn europäische Nachbarn müssen anders und stärker integriert werden als Nachbarn Europas.

Nur eine konkrete EU-Beitrittsperspektive wird verhindern, dass die ost*europäischen* Länder Ukraine, Belarus, Moldau und die Staaten des südlichen Kaukasus weiter am Gängelband Russlands hängen und Gefahr laufen könnten, in neo-sowjetische Machtstrukturen zurückzufallen.

Für die südlichen Mittelmeeranrainerstaaten sowie Russland, die keine EU-Beitrittsperspektive haben, muss das EU-Nachbarschaftskonzept, die intensive Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene über Freihandelsräume hinaus, effektiver gefördert werden.

Die Verfahren müssen geändert werden

Die Beitrittsverfahren mit Bulgarien und Rumänien haben gezeigt, dass die Festlegung der Beitrittsdaten ein Fehler war. Statt Termine festzulegen muss ausschließlich die Erfüllung der Kriterien den Beitrittszeitpunkt bestimmen

Künftige Beitrittsverhandlungen müssen flexibler gestaltet werden: „Phase-in-membership“ als Alternative zu jahrelangen Verhandlungen ohne konkret greifbare Ergebnisse für die Bevölkerung wäre eine Möglichkeit.

Beitrittsverhandlungen können nicht mehr nur am Kandidaten orientiert geführt werden, sondern müssen in regionale Kooperationsstrukturen eingebunden werden. Mitgliedstaaten einer jeweiligen Region oder Staaten, mit denen bereits verhandelt wird, müssen dabei als „Zugpferd“ besondere Verantwortung übernehmen.

Erweiterung und Vertiefung sind keine Gegensätze

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden hat gezeigt, dass eine Vertiefung der Integration auch an Altmitgliedern scheitern kann. Auch die skeptische Haltung in Großbritannien oder Dänemark ist hinreichend bekannt. Insofern stärken die neuen Mitgliedstaaten (mit wenigen Ausnahmen) tendenziell eher die Reihen der Integrationsbefürworter.

Gleichwohl nehmen unbestritten die Blockademöglichkeiten zu, so dass eine stärkere Ausdifferenzierung der EU wahrscheinlich ist. Diese Ausdifferenzierung wird eher flexibel und themenorientiert sein als die Bildung eines Kerns bedeuten.